

Landes-Zeitung.

Erchelet zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., wenn monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

(Kernsprech-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u.)

Siebentundzwanzigste Jahrgang.

Nr. 373.

Halle a. d. Saale, Freitag den 11. August

1893.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Aug. Se. Majestät der Kaiser ist am Bord der Kaiser-Yacht „Hohenzollern“ unter dem Schutz der Kriegsschiffe am Donnerstag nachmittags 3 Uhr 40 Min. in Kiel eingetroffen. Am Freitag soll eine Probefahrt der Kaiser-Yacht stattfinden; am Sonnabend sind Übungen mit der Wasserpolizei beabsichtigt. Am Sonntag verläßt der Kaiser in Kiel. Das Programm für Montag ist das nämliche wie das für Sonnabend. Am Dienstag früh beabsichtigt der Kaiser in Berlin einzutreffen und von dort am 4. beim Reichstag Großherzogliche Rede vorzutragen zur Parade des Gardecorps auf das Tempelhofer Feld zu gehen.

Wie aus London gemeldet wird, hat Ihre Majestät die Königin Victoria die Einladung Sr. Majestät des Kaisers zum Besuch auf Solingen in nächsten Frühjahr angenommen.

Nach der „Kreuzzeitg.“ hat der Kaiser, da die württembergische Regierung gebeten, von dem Wandler des 13. württembergischen Armeekorps gegen das 14. (badische) abzugeben, letzteres Corps zu Mandern mit dem 15. Armeekorps des Hagenua beuzuziehen befohlen. Um Futtermangel in den von Mandern besetzten Gegenden vorzubeugen, hat der Kaiser die Sprengung der Fougare für die beiden letzten Corps aus den südlichen Wäldern befohlen. Auch sollen die 15. Armeekorps die Abzüge, die bis zum 26. Sept. dauern sollten, schon mit dem 14. Sept. abbrechen und die Reservisten demnach entlassen werden. Das 13. württembergische Armeekorps wird unter solchen Umständen auf die Anwesenheit des Kaisers nur für die große Parade am 15. d. M. und für ein Wandler der 26. gegen die 27. Division am 16. Sept. rechnen können.

Wie aus Dresden gemeldet wird, hat sich Prinz Johann Georg (geb. 1869, zweiter Sohn des Prinzen Georg) mit der Herzogin Maria Isabella von Württemberg (geb. 1871, Tochter des Herzogs Philipp und Enkelin des Großherzogs Albrecht von Mecklenburg) verlobt.

Die Mannheimer „Süddeutsche Tabakzeitung“ erfährt, daß dem Urheber des Klages einer Tabak-Fabrikationssteuer, dem hiesigen Finanzminister Nibel, der Posten des Reichsfinanzministers angeboten worden sei.

g. Berlin, 10. Aug. Der vorläufige — zwischen den Abenteuern von Berlin und Madrid — abgeschlossene Handelsvertrag hat in deutschen Handelskreisen einige Ueberraschungen hervorgerufen. Einige Punkte dieses deutsch-spanischen Handelsvertrages sind bereits von der „Allg. Ztg.“ veröffentlicht worden. Indes besitzt diese vorläufige Entschleunigung der Paragraphen des Vertrages insofern verhältnismäßig geringen Werth, als gerade diejenigen Punkte nicht angefaßt sind, die der deutschen Ansicht zu Gute kommen. Das Fortfallen der Brückzollpflicht scheint in den betreffenden Interessenkreisen einige Vorwurfs erregt zu haben — ganz unrichtig; denn es würde, auch wenn der Spiritus zollfrei wäre, kaum irgend eine erheblich größere Quantität mehr nach Spanien eingeführt werden können als jetzt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Spanier denjenigen Wein, den sie früher mit deutschen Spiritus versetzten, des hohen Zolles wegen nicht mehr nach Frankreich hinführen können. Wie übrigens der eben zwischen den beiden Regierungen abgeschlossene Vertrag ausfällt, lautet, wird sich erst nachher noch gar nicht sagen, da die Cortes das Recht haben, den Vertrag entweder gut zu heißen oder zu verwerfen oder Abänderungen zu treffen. Auch ist es fraglich, ob der Deutsche Reichstag sich mit der getroffenen Vereinbarung einverstanden erklärt, was wir indessen eher glauben als von den Cortes.

g. Berlin, 10. Aug. Zum 20. September ist eine Konferenz zur Beratung der Ausführungs-Bestimmungen der „Sonntagsruhe in gewerblichen Anlagen“ nach Berlin berufen worden. Wie sich diese Konferenz zusammensetzen soll, hat die Regierung unklar gelassen. Aus der Nicht-Erwähnung von Arbeitern glaubt die Sozialdemokratie schließen zu dürfen, daß ausschließlich nur Arbeitgeber zu dieser Konferenz hinzugezogen werden sollten, und versteht selbstverständlich nicht, auf Grund dieser falschen Annahme wieder Klagenverheißende Artikel zum Stapel zu lassen. Wie wir indess aus zuverlässiger Quelle erfahren können, war von vornherein die Berufung auch von Arbeitnehmern zu jener Konferenz geplant und bestimmt.

Die Beratungen der Konferenz der Finanzminister in Frankfurt a. M. sind gestern nachmittags 4 1/2 Uhr geschlossen worden. Es wurde in der Beratung der Reichsausschüsse zur Durchführung der Reform fortgefahren. Man einigte sich auch hier über die wesentlichen Grundlagen und beabsichtigt die detaillierte Ausarbeitung und die Erledigung einer Reihe von Spezialfragen der ebenfalls in Berlin zusammenzutreten, aus Vertretern der wesentlich beteiligten Staaten und aus Kommissaren der Reichsverwaltung zu bildenden Kommission zu übertragen. Es scheint beabsichtigt zu werden, soweit irgend thunlich, die gesamten Angelegenheiten gleichzeitig dem Reichstage bei seinem demnächstigen Zusammenzutreten vorzulegen. Alle Anmerkungen der Theilnehmer an der Konferenz zeigen, daß dieselben von den Ergebnissen der Beratungen sehr befriedigt sind. Ueber diese Ergebnisse wird mittelbar, daß über den Gang der weiteren Vorbereitungen für die eventuell den Bundesratge zu machenden Vorlagen überall ein Uebereinstimmen erzielt ist, insbesondere auch hinsichtlich der gestern berathenen Frage der eventuellen Befreiung des Weines. Bindende Beschlüsse sind selbstverständlich nirgends gefaßt worden, da die ganzen Beratungen nur den Charakter eines vorläufigen Gedankenaustausches tragen. Die Frage der eventuellen Befreiung der Inzerate soll bei den Erörterungen ebenfalls gestreift sein.

Während im allgemeinen die Befürchtung überwiegt, daß die Gesamtsumme der in der Frankfurter Ministerkonferenz aufgestellten Steuerprojekte zu groß und ebenfalls größer werden wird, als der steuergebenden Bevölkerung angenehm ist, äußert heute die Berliner „Kreuzzeitg.“, von der man neuerdings glaubt, daß sie von einer dem Reichsfinanzminister nachfolgenden Stelle in der Frage der Steuerreform informiert werde, die entgegengelegte Befürchtung. Sie meint, es sei kein Zweifel, daß in Frankfurt über neue Steuern zu verhandeln, daß sämtliche Projekte seine ja alte Bekannte, theilweise schon seit Jahrzehnten erproben und im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet. Die schwierigere Frage aber sei, ob das gesammelte Steuerbudget die erforderlichen Mittel erbringen werde. Der Schatzminister Herr v. Malgahn habe vorausgesehen, daß das nicht der Fall sei, und weil er ohne die Erhöhung der Frankfurter neue Ansicht auf völlige Beschaffung der notwendigen Summen sehe, dann trete er vom Posten des Schatzministers zurück. Es ist richtig, daß der Bericht auf die Frankfurter den letzten äußeren Anstoß zum Rücktrittsgesuch des Schatzministers gegeben hat. Es war aber aus anderen tieferen Gründen schon lange nicht zweifelhaft, daß Herr v. Malgahn einem Nachfolger würde Platz machen müssen.

Es mehren sich die Anzeichen, daß Rußland trotz der Erbitterung, mit welcher es den Zollkrieg führt, auch heute noch eine Verständigung mit Deutschland dringend wünscht. Darauf deutet vor allem die Anknüpfung der bevorstehenden Finanzministerkonferenz an den Gegenstand des russischen Zollkriegs über den Gang der Vertragsverhandlungen bilden soll. Thatsache ist, daß es Herrn Witte große Anstrengungen kostet, den Preis des Handels mit dem russischen Westeuropäer auszuweisen zu erhalten. Auch sind die Kontrakte, welche ihre alten Verbindungen abgerufen haben und noch keine neuen aufzuheben konnten, vielfach in Bedenkniß, so daß außerordentliche Verhandlungen notwendig sind, um sie durch Vortheile auf Gebiete über Wasser zu halten. Wenn man es dabei auch vorwärtschreit mit einem vorübergehenden Mißstände zu thun, so ist die Sache doch jedenfalls dazu bei, die Entschloßtheit, mit welcher der russische Finanzminister bisher an seinem Standpunkt festgehalten hat, ins Wanken zu bringen. — So schreibt die „A. E.“; indem wir auf meine Ausführungen im gestrigen Abendblatt (Politische Uebersicht) hinweisen, möchte wir doch warnen, alzu optimistisch auf eine rasche Erledigung der schwebenden Fragen zu hoffen. Das liegt gar nicht im Charakter des russischen Volkes und zumal der russischen Diplomatie.

Daß die russische Regierung sich verachtete, wenn sie meinte, es werde infolge des Zollkrieges gegen das Deutsche Reich der Waarenpreis in Deutschland so steigen, daß daraus Schwereigkeiten für die Volksernährung entstehen müßten, zeigt ein Vergleich der Berliner Notierung in den Monaten Juni, Juli und August. Am 13. Juli wurde der russische Höchstpreis veröffentlicht. Bis dahin herrschte in weiter Kreisen die Ueberzeugung, daß es demnach zu einem deutsch-russischen Handelsvertrage kommen werde. Am 10. Juni stand Roggen an der Berliner Produktenbörse 146,5 M., am 1. Juli noch 144, aber am 15. Juli, als die Möglichkeit eines deutsch-russischen Zollkrieges schon sehr nahe gerückt war, 143 M., um dann mittelbar vor dem Ausbruch des Zollkrieges am 29. Juli wieder auf 146 zu steigen. Aber in diesem Monat trat wieder ein befähigter Mißgang ein, und am Mittwoch stand Roggen mit 142,25 M. den tiefsten Preisstand seit 3 Monaten erreicht. Zeigt dieser lehrreiche Vergleich den Russen, daß sie sich gründlich verrechnet haben, als sie Deutschland auszuheben zu können glaubten, so beweist er doch gleichzeitig auch unseren einheimischen Gegnern eines deutsch-russischen Handelsvertrages, wie sehr sie sich täuschen, wenn sie von einer Fernhaltung des russischen Getreides von unserem Markte eine Preissteigerung erwarten. Der gegenwärtige Zollkrieg liefert daher nach beiden Seiten eine nützliche Lehre, wieweil das dafür zu zahlende Verhöltniß haben und drüben außerordentlich theuer ist.

Angehts des Zollkrieges, der namentlich die russische Zollausfuhr nach Deutschland stark beeinträchtigt, ist in Nachfragen wieder die Frage der Ersetzung der hölzernen Eisenbahnwellen durch eiserne lebhaft erörtert. Allein im verflochtenen Jahre hat Rußland 1 1/2 Millionen Tonnen Eisen und Angkohl in rohem und bearbeiteten Zustande nach Deutschland ausgeführt. Der Werth dieser Ausfuhr stellte sich auf rund 73 Millionen Mark. Ein erheblicher Theil dieses russischen Ausfuhrs ist von deutschen Eisenbahnen zu Schwellen verwendet worden. So lange Holzschwellen verwendet werden, ist auf das dafür hervorgerufenen geeignete russische Holz nicht zu verzichten; würden sie stattdessen durch eiserne Schwellen ersetzt, so könnte nicht nur russisches Holz ausgesetzt werden, sondern es würde auch der durch den Zollkrieg schwer geschädigten deutschen Eisenindustrie eine lobnende Beschäftigung angewendet werden können. Die großen Vorzüge der eiserne Schwellen sind überdies allseitig anerkannt und auch vom preussischen Eisenbahnminister öffentlich zugestanden worden.

Nach einer Depesche der „Allg. Ztg.“ aus Petersburg ist dort offenbar die Parole ausgegeben worden, zu behaupten, die deutsche Antwort auf die russischen Vorschläge in Sachen des Handelsvertrages sei derartig scharf gewesen, daß Rußland gar nicht anders als durch Abbruch der Verhandlungen, den Hauptzweck und den Zollkrieg antworten konnte. Man geht sich eben fortgesetzt in Petersburg Mühe, dem Grafen Caprioli die Schuld am Zollkrieg zuzuschreiben.

Finland stellt sich bei dem gegenwärtigen deutsch-russischen Zollkrieg eine besondere Rolle. Mit Bezug hierauf hat die Zeitung von Interesse, welche das neueste Heft des Handelsarchivs über Finland auswärtsigen Handel veröffentlicht. Danach betrug die Einfuhr Deutschlands nach Finland im Jahre 1889 einen Werth von 38,122,000 M., 1890 von 44,782,000 M., und 1891 von 46,536,000 M. Die Ausfuhr Finlands nach Deutschland belief sich in den entsprechenden Jahren auf 8,071,000 bezw. 5,987,000 bezw. 7,313,000 M.

Eine Marinevorlage wird in der „Berl. Börsezeitg.“ in Anknüpfung an die Beschlüsse der Frankfurter Ministerkonferenz angefaßt. Die „Berl. Börsezeitg.“ begründet ihre Zweifel, daß die Summe von 100 Millionen neuer Steuern ausreichen werde für die Deckung des Bedarfs des Reiches mit dem Hinweis darauf, daß eine Marinevorlage nicht lange auf sich warten lassen dürfte, wenn Deutschland auf der Höhe seiner gegenwärtigen Machtstellung bleiben sollte.

Nachdem durch die letzte Gewerbeberathungsnote bestimmt war, daß die Arbeiterinnen Sonn- und Feiertagen und Vorabenden der Festtage nur zehn Stunden beschäftigt werden dürfen, ist in letzteren die Spinnereien die Arbeitszeit auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags mit einer einstuündigen Mittagspause beschränkt worden. Bei dieser Regelung der Arbeitszeit macht sich nun der Umstand erheuernd fühlbar, daß, trotzdem an den genannten Tagen schon jetzt nicht länger gearbeitet wird, es viel für jugendliche Arbeiter leichter ist, in letzteren auch noch die einstuündige Pause am Nachmittage eingehalten werden muß. Der Centralverband deutscher Industrieller hat sich deshalb an den Bundesrat mit dem Antrage gewandt, für Spinnereien den Fortfall der Nachmittagspause für jugendliche Arbeiter an den genannten Arbeitstagen zu gestatten. Infolge dieses Antrages sind Erhebungen veranlaßt worden. Dieselben haben bisher zwei Beschlüsse gefaßt, daß in zahlreichen Spinnereien Verhältnisse vorliegen, welche für die nachgeforderten Ausnahmestimmungen sprechen. Es werden demnach künftig diejenigen Spinnereien, welche der Ortspolizeibehörde angezeigt haben werden, daß sie von der Ausnahme Gebrauch machen wollen, die Nachmittagspausen für jugendliche Arbeiter an Sonn- und Vorabenden von Festtagen fortlassen lassen können. Jedoch haben sich zwei Bedingungen erfüllt werden müssen. Einmal darf an diesen Tagen die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter nicht länger als 9 1/2 Stunden und nicht über 5 Uhr nachmittags dauern, sowie nach der Mittagspause vier Stunden nicht überdauern. Sodann muß an diesen Tagen den jugendlichen Arbeitern gestattet werden, das Belieben während der Arbeit einzuschlagen.

Tempora mutantur! Die freireisende „Post“, die einst so viel für Stößer gekostet, verportet ihn jetzt, weil er sich über seinen Wahlvorschall nicht berufen kann, und schreibt:

Der Fall liegt ja freilich auch ägerlich genug. Der Mann, welcher sich selbst rühmt, der Vater des Antikontinentalismus zu sein, von einem Antikontinentalen besieg, von Herrn Dr. Förster, zu dessen Gunsten Herr Stößer noch unlängst im Ständetage Sachfen gegen den Kandidaten der Konservativen aufgetreten war! Ich mag sagen zu müßig, daß, wenn bei der ersten Wahl nicht eine einstuündige konterbaiten Kandidaten außer Antwort auch noch Herr Stößer gegenübergetreten wäre, der erlere möglicherweise gewählt worden wäre, und nicht minder, daß hinter dem ausschließlich-jugendlichen Mannem Antikontinentalen Wassers endet, ist ohne Zweifel sehr ägerlich. Ganz abgesehen davon aber, ob es gerade sehr ägerlich und sehr wichtig ist, den Vorgesetzten zu funden, und dadurch nur die Schadenfreude der Gegner zu erregen, wäre es ungleich zweckmäßiger, über die wirklichen Ursachen der Wahlverlorenheit ernstlich nachzudenken und den Ergebnissen dieses Nachdenkens für die Zukunft praktische Folge zu geben. Auch das würde nicht ohne bitteren Weisheitsmaß sein, denn es würde für Herrn Stößer auf eine seine gesammte politische und soziale Aktion fähig, verurtheilende Selbstkritik im Sozialistischen Kampfbuch zu veröffentlichen, die Klassen der Bevölkerung gegen den Kapitalismus zu werben, die Verheerung: alles das bereitet dem reinen Antikontinentalen mit der Parole, daß Junker und Aden gleichmäßig und gleich die ersten am meisten das Volk ausbeuten, den Boden. Stößt sich in Reformationen über die neuesten Wahlvorgänge zu ergehen und nach den Schandigen für den allerdings äußerlich wohl den Verlust der Sache zu den, die ämerlich nicht als ein Wunderbar ist, daß auch die Mittelparteien nicht als die Schuldigen denuntziert worden sind — wäre es geratener, und dem an Herrn Stößer in eigener Person statuten Exempel die richtigen Lehren zu ziehen und Einfluß und Umfluß folgen zu lassen. Dazu würde allerdings eine innerlich wahrhaftige, vom Stelkelt, Sachmann und Herrschuß die rege Natur gehören.

Gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer tritt der badische Bankverein ein. Derselbe hat an das großherzogliche Ministerium eine Bitte geschrieben, in welcher darauf hingewiesen wird, daß durch eine Erhöhung der Tabaksteuer die badische Landwirtschaft in unerträglicher Weise belastet würde, und der Minister gebeten wird, seinen Einfluß anzubieten, daß dies nicht geschehe.

Berlin, 10. Aug. Eine bis Mittelnachtsgebundene poltreich beschickte Anarchisten-Versammlung beschäftigte sich mit den Vorarbeiten, um dem züricher Kongress; möglos heilige Reden worden gehalten, als Schürken, Volksausrufer, Demagoguen wurden die sozialistischen Führer gebannt, die die Anarchisten angreifen gegen Vebel als Vorbild. Auch das nürliche Franzlein Wobisch sprach. Die Beclamtion entblate ohne Resolution.

Berlin, 10. Aug. Gegen die Einführung einer Tabaksteuer in die Provinz sind getrennt einflußreiche Kreise der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen tätig. Der Reich der Beclamtion, Tabakarbeiter-Komitee, führte aus, daß schon 1879 die Wechsellieferung des Tabaks infolge Verengerung des Konsums viele Arbeiter brotlos gemacht habe, dieselbe Folge werde auch jetzt eintreten, Tausende von Arbeitern würden brotlos werden. Ein gleiches Schicksal lauten die Ausführungen der übrigen Arbeiter. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Verhandlung protestirt entschieden gegen die

Auf Demolition eines entlassenen Schiffers sind nach dem ...

Letzte Telegramme.

Thon, 11. Aug. In der Höhe eines Befestigungswerks wurde ein ...

Schiffahrt, 11. Aug. (Verg.-Telegr.) Unter dem Kommando ...

Größtenteils, 11. Aug. Vor dem Palast des Reichspräsidenten ...

London, 11. Aug. Dem "Reuter'schen Bureau" wird aus Buenos Aires ...

Getreide. * Berlin, 10. Aug. Weizen (mit Ausschluss von Bauweizen) per 1000 kg. loco still.

Metalle. * Breslau, 10. Aug. Zink unmetallisch. * Amsterdam, 10. Aug. Banca 64 1/2.

Leipziger Börse, 10. Aug. Zl. 2. Sachs. Rent.-Anl. 100 86,65.

Dir. Eisen-Stamm-Akt. 91/100 Altemburg-Zeit 569,75.

Dir. Eisen-St.-F.-Akt. 21/100 Altemburg-Zeit 174,75.

Dir. Ind.-Aktien, Pr. und Stamm-Prior. 5 Chemn. Verke.-M. 101,750.

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

- Diskont-Erhöhung. London, 10. Aug. Die Bank von England hat heute den Diskont von 3 Proz. auf 4 Proz. erhöht.

- Die Verwaltung der Berliner Bockbrauerei beruft eine Generalversammlung zum 28. d., um über Verkauf der Schenckbräuerei zu beschließen.

- Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft. Am 16. d. findet in Dortmund die Sitzung des Aufsichtsrats statt.

- Kohlenpreise in England. Sheffield, 10. Aug. Die Preise der Yorkshire-Kohle sind um 7 Shilling die Tonne gestiegen.

- Washington, 11. Aug. (Telegr.) Einem Berichte des Ackerbauministeriums zufolge war der Durchschnittsstand der Baumwolle am 1. Aug. 50,4 oder 2,3 schlechter als am 1. Juli.

- Zahlungseinstellungen. New York, 10. Aug. Robert Coleman, Inhaber der Eisenwerke von Lebanon (Pennsylvania), hat seine Zahlungen eingestellt.

- Buenos Ayres, 9. Aug. (Telegr.) Goldagio 241,00. Rio de Janeiro, 9. Aug. (Telegr.) Wechsel auf London 127/16.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. Aug.

1) Metallbestand (der Bestand an künftigen, deutschem Gelde u. an Gold in Barren od. ausl. Münzen) das Pfund feins zu 1892 M. berechnet.

Wasserstände. (f. bed. unter Null). Saale und Unstrut. Artern, Brückenpegel, 9. Aug. +0,18.

Aug. [Fall] Wuchs. 1) Metallbestand M. 207,510,000 Abn. 2,3 500,000.

Berliner Börse vom 10. August.

Die Nachbörse schloss bei Abschwächung doch teilweise behauptet. So in Banken und heimischen Bahnen.

Kursnotierungen vom 10. Aug.

(Ergänzungskursliste zu den telephonisch übermittelten Notierungen im gestr. Abendblatt). Deutsche Fonds u. Staatspap.

Ausländische Fonds.

Finnländische Loose - 68,25/100. Freiburger 15 Frcs.-L. - 31,30/100.

Deutsche Hypoth.-Pfdbriefe.

Anhalt-Desauer Pfdbriefe. Deuts. Gr.-Kr.-Pfdbr. I. 111,75/100.

Wasserstände (f. bed. unter Null).

Saale und Unstrut. Artern, Brückenpegel, 9. Aug. +0,18.

Aug. [Fall] Wuchs. 2) Reservenfonds M. 120,000,000 unverändert.

Bank-Aktion.

Bank f. Berl. Kassenv. 419/130,000. Bank f. Spiri u. Prod. 63,400.

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Anhalt Kohlenwerk 41/8 68,000. Baroper Walzwerk 0 55,000.

Bank-Obligationen.

Berg.-Märk. III. A. B. 31/2 98,90/100.

Industrie-Aktion.

A.-G. f. Anilinfabr. 9 168,25/100. Archimedes 5 88,900.

Bank-Aktion.

Bank f. Berl. Kassenv. 419/130,000. Bank f. Spiri u. Prod. 63,400.

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellch. 4 99,00/100. Aschersleb. Kalwerke 5 104,30/100.

